

## Empörung über Zustände bei S 21-Firmen

### ver.di schließt sich Moratoriumsforderung an



ver.di

Empörung haben die Berichte über Missstände auf der S 21-Baustelle ausgelöst, die gestern eine Prüfung des Zolls zu Tage gefördert hatte. Die Vorhaltungen reichten von illegaler Arbeitnehmerüberlassung über Beschäftigung von Scheinselbstständigen und fehlender Anmeldung bei der Sozialversicherung. Diese Erkenntnisse des Zolls werden durch untertarifliche Bezahlung und Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz fortgesetzt, so der u. a. für das Sicherheitsgewerbe zuständige ver.di-Sekretär Bernd Wuttig, der auch Redner auf der nächsten Montagsdemonstration am 23. August sei. Es würden Beschäftigte auf 400€ - Basis beschäftigt, die auf einen Stundenlohn von 6 € kämen, was eine deutlichen Unterschreitung des tariflichen Mindestlohns im Wach- und Sicherheitsgewerbe von 8,46€ darstelle. Die Arbeitszeiten werden nach Aussagen von Mitarbeitern des SOB fast regelmäßig überschritten, bis hin zu 14-Std-Arbeitstagen.

Auftragnehmer der Bahn sei unter anderem die Sicherheitsfirma SOB, ein Tochterunternehmen der Sicherheitsfirma Securitas. In der seriös anmutenden Dienstkleidung der Bahn arbeiten Beschäftigte von SOB zu Dumpingbedingungen.

Dies seien möglicherweise keine Ausrutscher oder Startschwierigkeiten, so der stellvertretende ver.di-Geschäftsführer Peter Klumpp, er vermutet gezieltes Vorgehen der Sicherheitsfirma, um dem Auftraggeber Dumpingangebote unterbreiten zu können. Den Auftraggebern wiederum sei es offensichtlich egal, unter welchen Bedingungen die Arbeitnehmer/innen im S 21 Projekt arbeiten.

Die von Projektsprecher Drexler behaupteten 10.000 neuen Arbeitsplätze nannte Klumpp eine durch nichts belegte Propagandazahl. Bei einem Verzicht auf Stuttgart 21 könnten viele Arbeitsplätze in der Daseinsvorsorge, die jetzt von Kürzungen bedroht seien, erhalten bleiben und mit einer modernen Sanierung des Kopfbahnhofs bei geringeren Kosten könnten sehr viele und vor allem anständige Arbeitsplätze finanziert werden.

Kostenexplosionen, immer mehr Zweifel am Funktionieren des geplanten Tiefbahnhofs und jetzt noch Sozialsandale bringen ver.di Stuttgart dazu, sich den Vorschlägen hinsichtlich eine Moratoriums, wie es unter anderem Grüne und der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer fordern, anzuschließen, so Klumpp weiter. Arbeitsbedingungen und ordentliche Bezahlung müssten dabei ebenfalls auf den Prüfstand.

Kontakt: Bernd Wuttig, ver.di Bezirk Stuttgart, Tel.:0711/1664-130  
Peter Klumpp, ver.di Bezirk Stuttgart, Tel.:0711/1664-220

PRESSEINFORMATION